

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates für Justiz und Inneres in der Zusammensetzung der Innenministerinnen und Inneminister am 28. September 2023 in Brüssel

Am 28. September 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Justiz und Inneres in der Zusammensetzung der Innenministerinnen und Innenminister statt. Für Österreich nahm der Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, teil.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

- Asyl und Migration: Externe Dimension

Vor dem Hintergrund der hohen Zahl irregulärer Ankünfte in der gesamten EU schlug der Vorsitz eine Aussprache vor, die sich auf die externe Dimension der EU-Migrationspolitik und insbesondere auf Möglichkeiten zum Aufbau einer engen und langfristigen Zusammenarbeit mit wichtigen Transit- und Herkunftsländern konzentrierte.

Insgesamt waren sich die Ministerinnen und Minister einig, dass die externe Dimension der Migrationspolitik gestärkt werden muss, um die migrationspolitischen Herausforderungen zu bewältigen, die die EU mit anderen Ländern und Kontinenten teilt. Sie betonten, dass eine koordinierte Kombination aus Entwicklungshilfe zur Ursachenbekämpfung der Migration, Bekämpfung von Schlepperkriminalität, Ausbau von legalen Wegen als Alternative zur irregulären Migration und einer nachhaltigen Rückübernahme- und Rückführungspolitik für die Verhinderung irregulärer Migration unerlässlich sei.

Der Vorsitz schlug vor, ein präventives Modell zu entwickeln, das auf der Grundlage einer soliden Finanzierung und eines umfassenden Ansatzes die irreguläre Ausreise verhindern soll. Dieser Ansatz fand bei den Ministerinnen und Ministern breite Unterstützung. Sie betonten auch die Notwendigkeit, die Umsetzung der Maßnahmen voranzutreiben,

einschließlich der Aktionspläne für alle Routen, der Vereinbarung mit Tunesien und des 10-Punkte-Plans für Lampedusa.

Während der Diskussion informierte die Kommission über die aktuellste Reise von Vizepräsident Schinas in einer Reihe westafrikanischer Länder. Die Kommission kündigte außerdem an, dass noch in diesem Jahr eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität stattfinden wird.

Österreich dankte dem Vorsitz für die Vorlage des präventiven Modells und erklärte, dass Kooperationen und Gespräche proaktiv gestaltet werden müssten. Es sei wichtig nicht erst dann zu handeln, wenn die EU unter Druck sei. Es müsse strategisch, strukturiert und partnerschaftlich vorgegangen werden, um Gespräche auf Augenhöhe zu führen. Die Initiativen von Vizepräsident Schinas in Westafrika würden begrüßt. Die Zusammenarbeit mit sicheren Drittstaaten, Transit- und Herkunftsstaaten müsse ausgebaut werden. Es wurde vorgeschlagen die Erfahrungen von Dänemark in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten zu analysieren. Die Umsetzung des Abkommens mit Tunesien sowie der EU-Türkei Erklärung würden unterstützt, da bezüglich zweiter zuletzt zu beobachten gewesen sei, dass der Migrationsdruck aus der Türkei und über die Westbalkanländer zunehme.

- Migrations- und Asylpaket

Der spanische Vorsitz informierte die Ministerinnen und Minister über den aktuellen Stand der verschiedenen Legislativvorschläge des Pakets für Migration und Asyl. Der Vorsitz bekräftigte ferner sein Engagement für die Erreichung des Ziels, das in der Roadmap zwischen den fünf turnusmäßig wechselnden Vorsitzen, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission im September 2022 festgelegt wurde, nämlich eine Einigung über die Dossiers vor Ende der laufenden Legislaturperiode zu erzielen.

Der Vorsitz begrüßte ferner die breite Unterstützung der Delegationen für den neuesten Kompromisstext des Vorschlags für eine Krisenverordnung und forderte den Ausschuss der ständigen Vertreter auf, zügig ein Verhandlungsmandat zu erteilen.

Insgesamt hob der spanische Vorsitz die erheblichen Fortschritte hervor, die bisher in den interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Kommission erzielt wurden, und wies gleichzeitig darauf hin, dass bis zum Jahresende noch viel Arbeit zu leisten sei, um den Zeitplan der Roadmap erfüllen zu können.

- Zusammenarbeit mit Lateinamerika im Bereich der inneren Sicherheit

Der Vorsitz unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern im Bereich der inneren Sicherheit und insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels mit dem Ziel, eine regelmäßige und strukturiertere Zusammenarbeit zwischen den Regionen aufzubauen. Diesem Tagesordnungspunkt ging ein Arbeitssessen voraus, an dem die EU-Ministerinnen und Minister sowie die Ministerinnen und Minister des lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (CLASI) teilnahmen, um Fragen von gemeinsamem Interesse im Zusammenhang mit der Bekämpfung der grenzüberschreitenden, schweren und organisierten Kriminalität zu erörtern.

Die Ministerinnen und Minister der EU und der CLASI-Länder einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung, in der die Notwendigkeit unterstrichen wird, mit vereinten Kräften auf die kriminellen Bedrohungen zu reagieren, denen die EU und die lateinamerikanischen Länder ausgesetzt sind. Unter anderem wurde in der Erklärung auch die Notwendigkeit betont, wirksame Kapazitäten zur Bekämpfung des Drogen- und Menschenhandels sowie der Schleusung von Migrantinnen und Migranten aufzubauen und die Zusammenarbeit zwischen europäischen und lateinamerikanischen Behörden zu verstärken.

Die Kommission begrüßte die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung und hob den konkreten und operativen Charakter der Diskussionen hervor. Sie verwies auch auf den bevorstehenden Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels, einschließlich der Europäischen Hafenallianz, der von Präsidentin von der Leyen im Rahmen der Debatte zur Lage der Union angekündigt wurde.

- Vorübergehender Schutz für ukrainische Flüchtlinge

Um den mehr als 4 Millionen Vertriebenen aus der Ukraine, die derzeit in der EU leben, Sicherheit zu bieten, hat der Rat seine politische Zustimmung zur Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Menschen, die vor der Aggression Russlands gegen die Ukraine fliehen, bis zum 4. März 2025 gegeben, nachdem die Kommission am 19. September einen Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss des Rates zur Verlängerung des vorübergehenden Schutzes vorgelegt hatte. Nach der Überarbeitung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen wird der Ratsbeschluss dem Ji-Rat am 19. Oktober 2023 zur Annahme vorgelegt.

Die Notwendigkeit, den Austausch über die Situation nach 2025 fortzusetzen, und die Bedeutung eines gemeinsamen europäischen Ansatzes, wurden ebenfalls bekräftigt. Der Vorsitz beabsichtigt, diese Debatte, die bereits auf der informellen Tagung des SCIFA im Juli begonnen wurde, auf technischer Ebene fortzusetzen.

- Folgen der Aggression Russlands gegen die Ukraine

Der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung unterrichtete die Ministerinnen und Minister über den Stand des Dialogs über die innere Sicherheit mit der Ukraine. Es wurde hervorgehoben, dass dieser Dialog zu Beginn des russischen Angriffskrieges aufgenommen wurde, um dessen mögliche Auswirkungen auf die innere Sicherheit der EU abzumildern.

- Die Delegationen wurden über das nächste Treffen im Rahmen des strukturierten Dialogs informiert, das voraussichtlich Ende Oktober oder Anfang November stattfinden wird. Sonstiges: Zweite europäisch-arabische Konferenz zur Grenzsicherheit

Portugal informierte über die von 15. bis 16. November 2023 in Porto abzuhaltende Konferenz, welche eine Frontex-Initiative sei. Man werde Erfahrungen bezüglich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Schlepperei und Menschenhandel) austauschen. Dies sei die zweite Konferenz in diesem Format und man hoffe auf die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern auf höchster Ebene aus den Mitgliedstaaten.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Dezember 2023

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister